

Neue Manöver der Sozialdemokratie

„Linke“ Parolen zur Täuschung der Massen / Trotzismus als Vortrupp der Konterrevolution

Die Verschärfung und Vertiefung der Weltwirtschaftskrise hat die Lage der Sozialdemokratie in allen kapitalistischen Staaten ungeheuer erschwert. Die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie, die Massen mit den „Theorien“ des „kleineren Übels“ vom größten Übel für die sozialdemokratischen Führer, d. h. von der proletarischen Revolution, abzuhalten, wird angesichts des täglich deutlicher sichtbaren Bankrotts des kapitalistischen Ausbeutungssystems einerseits und des unanfechtbaren sozialistischen Aufstiegs in der Sowjetunion andererseits immer unmöglicher.

Es ist darum kein Zufall, daß z. B. die „Linken“ wieder eine größere Rolle in der Sozialdemokratie spielen. Neue „Theorien“ tauchen auf, da die alten nicht mehr reichen. Aber all diese „Theorien“ haben nur einen Zweck: den Massen zu „beweisen“, daß der Weg der Sowjetunion, des einzigen Landes ohne Krise und Massenelend, für die Arbeiter der anderen Länder nicht gangbar sei. Je näher die Möglichkeit und Notwendigkeit rückt, daß der „Weg der Oktoberrevolution“ auch von den Arbeitern anderer Länder beschritten wird, um so eifriger bemühen sich die sozialdemokratischen Soldatensoldaten der Konterrevolution um den gegenteiligen Nachweis.

In der Nummer 2 (1932) der Kommunistischen Internationale wird ein sehr guter Ueberblick über diese neuen „Theorien“ der Sozialdemokratie gegeben. Wir drucken darum den entscheidenden Teil des Artikels nachstehend (mit einigen unwesentlichen Kürzungen) ab, dessen Fragen auch im Referat des Genossen Thälmann auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees unserer Partei behandelt wurden.

„Bankenkontrolle“

Wie die sozialdemokratischen „Theorien“ über den vollständigen Zusammenbruch, über die Ausweglosigkeit der Krise des Kapitalismus, so haben auch die „sozialistischen“ Programme der Sozialdemokratie ein und denselben Zweck, das Proletariat vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten und alle Maßnahmen der kapitalistischen Diktatur gegen das Proletariat aktiv zu unterstützen.

Deshalb stellt die Sozialdemokratie angesichts der Bankrotts und ihrer verheerenden Folgen für die Arbeiterschaft und die kleinen Sparer die betrügerische Forderung der Bankenkontrolle auf.

Deshalb mandatiert die II. Internationale angesichts der Kreditkrise, die den ganzen Zirkulationsprozeß des Kapitals paralysiert, mit dem Vorschlag einer internationalen Organisation des Kredits.

Deshalb erfindet sie und phantasiert hemmungslos über das Kommen des Staatskapitalismus.

Das „Bankenamt“ der SPD.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Forderung „Staatsaufsicht über die Banken“ aufgestellt. Noch „radikaler“ klingt das Wahlprogramm der Labour Party, das „Nationalisierung und (!) Kontrolle des Banken- und Kreditwesens“ verlangt. Die deutsche Sozialdemokratie hat auch die Verordnung der Brüning-Regierung über die Errichtung eines Bankenaufsichtsamtes als einen Sieg des „sozialistischen Prinzips“ begrüßt. Die Bankenkontrolle besteht in Wirklichkeit darin, daß dem Staat das „Recht“ zugebilligt wurde, die verkrachten Großbanken zu retten, d. h. ihre Schulden zu übernehmen, die mit den Geldern der werktätigen Massen bezahlt werden.

Die Wirklichkeit der „Bankenkontrolle“ bedeutet, daß in den Händen eines Häufleins von Finanzkönigen, in den Händen des räuberischen Finanzkapitals noch mehr Macht konzentriert, ihnen in Form „staatlicher Aufsicht“ die Kontrolle über andere Gruppen übertragen wird, die Zentralisation des Kredits und Bankenwesens unter der Diktatur des Finanzkapitals noch mehr beschleunigt wird. Bei alledem ist aber von einer Kontrolle der Banken im Sinne der „Einschränkung ihrer Macht“, der Behinderung ihrer „Fehlleitungen des Kapitals“, ihrer „Spekulationen“, wie dies die Sozialdemokratie hinzustellen pflegt und teilweise als schon erreichten Fortschritt begrüßt, natürlich nicht im geringsten die Rede. Deshalb wäre es auch ein Irrtum, wenn man auf kommunistischer Seite annehmen wollte, daß die Bankenkontrolle „der letzte Kampf des bedrohten Kapitalismus“ sei.

Die Bankenkontrolle ist die — nicht letzte — betrügerische Forderung der Sozialdemokratie zur Maskierung der verstärkten Diktatur des Finanzkapitals.

„Internationale Kreditkontrolle“

Was bedeuten die von der II. Internationale kommenden Vorschläge eines internationalen Kreditamtes und einer internationalen Kreditkontrolle? Sie sind nichts anderes als die zeitgemäße Formel für die Theorie des Ultraimperialismus. Genau so wie die kautskische Theorie des Ultraimperialismus die Möglichkeit einer friedlichen Ausschaltung und Ueberbrückung der imperialistischen Gegensätze vorlägt, beruht der Schwandel der internationalen Regelung der Kreditfrage auf der ähnlichen Annahme, daß die Kreditkrise nur in der mangelhaften Organisation des Kredits begründet ist und daß die Gegensätze der imperialistischen Gruppen unter Aufrechterhaltung des Imperialismus ausgeglichen werden können. Daher der ständige verlogene und geradezu idiotische Appell der Hilberding und Kapfhanke an die „Betriebe“ bzw. die Klage über die Unvernunft der Mächtigen.

Die Kreditpolitik ist jedoch nicht ein Ausgleichsinstrument, sondern ein Machtinstrument in den Händen der Monopole, mit dessen Hilfe sie sich ihre Konkurrenten unterwerfen (Frankreich und Deutschland) bzw. aus den führenden Positionen verdrängen. Nur komplette Idioten oder gerissenste Betrüger können glauben bzw. glaubhaft machen wollen, daß die Kreditverhältnisse inmitten des Kapitalismus „zum Wohle der Gesamtheit“ planmäßig gestaltet werden können.

Die Vorschläge der II. Internationale und sämtlicher sozialdemokratischer Parteien zur Schaffung einer internationalen Kreditorganisation (Kreditamt, internationale Finanz- und Kreditkonferenz) verschweigen, daß, obwohl es dem Monopolkapitalismus gelungen ist, den Beginn der Kreditkrise hinauszuschieben, sie mit um so größerer Heftigkeit ausgedroht ist, daß sie eine unvermeidliche Folge der gesamten Weltwirtschaftskrise, deren Bestandteil ist, daß Industriekrise, Verschärfung der Agrarkrise, Banken-, Börsen- und Valutakrise miteinander verflochtene Elemente der Weltwirtschaftskrise sind. Sie schwindeln die Möglichkeit einer isolierten Lösung der Kreditkrise mittels organisatorischer Maßnahmen vor. Dabei verschweigen sie aber, daß die Bourgeoisie keineswegs zufällig nur diese organisatorischen Maßnahmen mit ungeheurer Ausraubung des Proletariats und der werktätigen Bauernmassen als Hauptmethode des Auswegs aus der Krise verbindet.

Auch die in unseren Reihen aufgetauchten Versuche, die Kreditkrise als eine besondere, abgegrenzte „Etappe“ der Krise zu behandeln, sind nur geeignet, über die Verschleierung der Kredit-

krise mit den anderen Momenten der Gesamtkrise falsche Vorstellungen zu erzeugen.

Staatskapitalismus und Planwirtschaft

Der Schwandel wie mit der „Bankenkontrolle“, jedoch in verallgemeinertem Maßstab, wird von der Sozialdemokratie in der Frage des Staatskapitalismus wiederholt. Das neue Manöver mit dem Staatskapitalismus hat die österreichische Sozialdemokratie inszeniert, jedoch kommt hier, wie überhaupt, den betrügerischen Sophismen des Austromarxismus eine internationale Bedeutung zu, da sie sozusagen das ideologische Arsenal der II. Internationale liefern.

Der Bankrott der Theorie des „organisierten“ Kapitalismus hat die Sozialdemokratie veranlaßt, mit neuen ideologischen Manövern ihr altes Ziel zu verfolgen: den Massen vorzuschwindeln, daß die Entwicklung des Kapitalismus von selbst, automatisch zum Sozialismus führe, daß wir uns in den kapitalistischen Ländern schon in einer „Uebergangsperiode“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ befinden (Otto Bauer, Rede auf dem Grazer Parteitag der SPÖ.). Diese „Theorie“ hat den Zweck, die Arbeiter vom Kampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise, vom Kampf für den wirklichen und nicht vorgeschwindelten Sozialismus abzuhalten und alle arbeiterscheißenden Maßnahmen des räuberischen Finanzkapitals als „sozialistische“, dem Sozialismus dienende Maßnahmen darzustellen. Sie steht daher im engsten Zusammenhang mit den fatalistischen Auffassungen über die „Ausweglosigkeit der Krise“ für den Kapitalismus und baut auf dieser grundsätzlichen Basis ihre sophistischen Manöver auf.

Notverordnungen ein Stück Sozialismus

Die Notverordnung der Brüningregierung vom 9. Dezember 1931, die die Löhne in ganz Deutschland diktatorisch um 10 bis 15 Prozent herabsetzt, liefert den klassischen Beweis dafür, daß der von der Sozialdemokratie aller Länder, ganz besonders aber von den „linken“ Austromarxisten, als „sozialistische Maßnahme“ geforderte und gepriesene „staatliche Eingriff“ nichts anderes als die Benutzung der bürgerlichen Staatsmaschinerie für die ungeheuerliche Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter und der werktätigen Massen darstellt. Der „staatliche“ Eingriff bedeutet die weitere rasche Faschisierung des Staates, Verschärfung der reaktionären Diktatur zur Niederdrückung des wachsenden Widerstandes der empörten Massen und findet in dem von Brüning verhängten Belagerungszustand über Deutschland seinen politischen Ausdruck. Und die Sozialdemokratie erklärt, ihre Verräterrolle treu erfüllend, durch ihr Sprachrohr Hilferding im Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstages, daß die Notverordnung eine Bestätigung der sozialistischen Ideologie bedeutet!

Das Organ der rheinischen Großbourgeoisie, die „Kölnische Zeitung“, findet, um die fürchterliche Massenausplünderung und

Freche Verfälschung des Marxismus-Leninismus

Mit Ausdrücken, die dem Marxismus-Leninismus entnommen werden und deren Sinn mit frecher Stupellosigkeit völlig gefälscht wird, wird den neuesten sozialdemokratischen Schwandelmanövern ein „marxistischer“ Anstrich gegeben. Geläutert wird die „Theorie“ vom mechanischen Zusammenbruch des Kapitalismus durch die Deutung der jüngsten Vorgänge der Bankenkrise als einer neuen Ära des „Staatskapitalismus“.

Das Wesen dieser Vorgänge ist in Wirklichkeit der weitere Fortschritt des Kernwachstums von Finanzkapital und Staat, der in der Zeit der Krise ein besonders kräftiges Ausmaß annimmt. Die bedeutenden staatskapitalistischen Elemente, wie z. B. in Deutschland zur Zeit des imperialistischen Weltkrieges und unter den besonderen Verhältnissen der Kriegsblokkade zu finden waren, sind keineswegs zu verwechseln mit den heutigen Erscheinungen. Der „Staatskapitalismus“ dient Otto Bauer und Konsorten nur zur Maskierung der Tatsache, daß das Finanzkapital mehr denn je die Staatsmaschinerie dazu benützt, um die Konzentration des Finanzkapitals, die Neuverteilung des Nationalvermögens in seinem Interesse zu erleichtern, um die Krise auf Kosten der arbeitenden Massen zu liquidieren.

Der „Staatskapitalismus“ hat den Zweck, die Krise, die sinkenden Löhne, die Abwälzung aller Lasten der Krise auf die Schultern der Werktätigen ihnen als „Weg zum Sozialismus“ zu präsentieren.

Italien — ein Muster des „Staatskapitalismus“

Es ist nur konsequent, daß Otto Bauer den „Staatskapitalismus“ als besonders in Italien verwirklicht erklart!

„Der Staatskapitalismus entzieht gerade im faschistischen Italien in der erstaunlichsten Ausdehnung und Reinheit.“ (Rede auf dem Grazer Parteitag der SPÖ.).

Gleichzeitig werden in heuchlerischer Weise gar die „Erfolge“ der Sowjetunion „anerkannt“, jedoch als Beispiel staatskapitalistischer Planwirtschaft gedeutet, womit so die alte konterrevolutionäre Gleichsetzung von Faschismus und Bolschewismus fortgesetzt wird.

Bei ihren Manövern, die sich um den „Staatskapitalismus“ gruppieren, hat die Sozialdemokratie das Unglück, daß die Tatsachen der Wirklichkeit den schönsten Betrugsformeln über Staatskapitalismus unbarmherzig ins Gesicht schlagen: Kaum schließt sich die Sozialdemokratie an, den Staatskapitalismus als neue Ära zu proklamieren, soll die Vesterreichische Kreditanstalt dieses „Urbild“ des Staatskapitalismus, dem ausländischen Privatkapital ausgeliefert und, da ein Unglück selten allein kommt, auch die „verpflichtete“ Danat-Bank in Verbindung mit einer tiefen Konzentration und Fusion mit der Dresdener Bank wieder privatisiert werden, wobei der Staat keine „staatskapitalistische“ Funktion in der Form einer Milionen-Daueranleihe an die Danat-Bank erfüllen wird.

die Anebelung des Massenwiderstandes durch die Diktatur des Finanzkapitals zu rechtfertigen, keine andere Möglichkeit, als in die Fußstapfen der Sozialdemokratie zu treten und sie ebenfalls Staatskapitalismus zu nennen. Das künftige Organ der deutschen Bourgeoisie entlehnt die Argumente für den kapitalistischen Ausweg aus der Krise bei den „linken“ Sozialdemokraten.

„Außenhandelsmonopol“

Der Schwandel des Staatskapitalismus wird in einer Reihe von besonderen Fragen ergänzt und variiert, so in der Frage des Außenhandelsmonopols.

Genau so wie der „Staatskapitalismus“ der Sozialfaschisten dazu dient, den Arbeitern Maßnahmen als „sozialistisch“ vorzuschwindeln, die in Wirklichkeit ihre noch schärfere Ausplünderung bedeuten, ist das „Außenhandelsmonopol“ der Sozialfaschisten nichts anderes als ein Deckmantel für die neuen Hochfinanzkräfte des Monopolkapitals, die in einem kapitalistischen Lande nach dem anderen eingeführt werden.

Sozialismus in einem Lande

Bei den Versuchen der Sozialdemokratie, die Massen vom Kampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise abzuhalten, spielt die Theorie von der Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande, d. h. in dem eigenen Lande, eine sehr bedeutende Rolle. Die gegenwärtigen sozialdemokratischen Theorien, die die Unmöglichkeit beweisen sollen, mit der Errichtung des Sozialismus in ihrem eigenen Lande zu beginnen, lauten auf die Leugnung der Möglichkeit des Sozialismus überhaupt hinaus.

In Oesterreich haben die Austromarxisten dieses Argument am ausführlichsten ausgearbeitet. „Wir sind ein kleines, armes Land.“ Wenn Oesterreich den Sozialismus einführt, würden es die kapitalistischen Länder blockieren und in zwei Wochen aushungern usw. Dieses Schwandelargument hat eine über Oesterreich hinausgehende internationale Bedeutung: Es dient nicht nur im allgemeinen der Sozialdemokratie in den „kleinen Ländern“ als Rechtfertigung für die konterrevolutionäre Politik der Sozialdemokraten, sondern auch den „großen Ländern“.

So kann in Deutschland der Sozialismus nach der Logik der Sozialfaschisten nicht errichtet werden, weil auch Deutschland vom Ausland finanziell abhängig ist, weil Deutschland ins Ausland ausführen muß, vom Ausland Kredite erhalten muß usw. So ist es weiter in England unmöglich, den Sozialismus zu errichten, weil dann die Dominions und die Kolonien sich loslösen würden und England ohne diese lebensunfähig sei oder aber, weil England blockiert und ausgehungert würde. Mit einem Worte: da kein Land beginnen kann, ohne daß die anderen schon den Sozialismus hätten, wird der Sozialismus in allen Ländern auf unbegrenzte Zeit „verschoben“. So dient

die trotzkistische Theorie von der Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande im internationalen Maßstab allen Verrätern des Sozialismus als Argument.

„Sozialismus“ gegen Kampf um Tagesforderungen

Eins der infausten Manöver der Sozialfaschisten, die den Begriff des „Sozialismus“ in allen möglichen Formen verfälschen und in kein vollkommenes Gegenteil verwandeln, ist die Ausplünderung des „Sozialismus“ gegen die Tageskämpfe des Proletariats. Auf dem Wiener Kongreß der II. Internationale wurde schon die Formel dafür gefunden. Sieh es früher, die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts, so heißt es jetzt, sagte Austersky, das Ziel ist alles.

Demgemäß ist jeder Kampf um Lohn und Brot nach dem „Kritik“ des Reformismus zwecklos, solange man nicht die Produktion beherrscht. Aber die Produktion zu beherrschen, die Macht in einem Lande ergreifen zu wollen, sei sinnlos, das könne nur eine „internationale Aktion“ zustandebringen.

Auf diese Weise werden die trotzkistischen Anschauungen gegen die Tageskämpfe des Proletariats, zu einer Entmutigung und Zerschlagung ausgenutzt. Die Berührungspunkte zwischen dem Trotzkismus und dem rechten Reformismus verdichten sich zur völligen Identität. Nicht nur der Sozialismus, sondern auch jeder Kampf um das Lebensniveau der Arbeiter ist in einem Lande unmöglich. Das ist der Sinn der Lehre von der „bringenden sozialistischen internationalen Aktion“, die in der Form einer „Kritik des Reformismus“ auftritt und nur eine konterrevolutionäre Formulierung der trotzkistischen Ansichten ist.